



MEHR VIELFALT IN DER KOMMUNAL-POLITIK

Teilhabe jetzt stärken

Seite 3



WARUM WISSMANN WEG MUSS

Lehren aus der Kolonialzeit ziehen

Seite 5



RETTET DIE BÄUME

Damit Berlin grün bleibt

Seite 11



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90 / Die Grünen Neukölln | Nr. 185, Ausgabe II / 2018

RETTE DEINEN KIEZ

Stadtrat Jochen Biedermann über Mietenwahnsinn und Solidarität in Neukölln



Foto: Caspar Schleicher

INHALT

Neukölln - Fair und Nachhaltig *Seite 2*

Säuglingssterblichkeit *Seite 2*

Mehr Feminismus wagen *Seite 3*

Afrika und Deutscher Kolonialismus *Seite 4*

Ende Gelände für die Kohle *Seite 5*

Gemeinsam gegen Mietenwahn *Seite 7*

Neukölln gerechter machen *Seite 10*

Termine *Seite 11*

Berlins längste Fahrradstraße *Seite 12*

Keine Nacht mehr habe sie seither ruhig geschlafen, sagt die ältere Dame. Die Müdigkeit ist ihr anzusehen, als sie mir in meiner Bürger*innensprechstunde gegenüber sitzt. Sie hat erfahren, dass ihr Mietshaus in Eigentumswohnungen umgewandelt werden soll. Sie sei doch hier zu Hause, sagt sie. Jetzt hat sie Angst. Davor die Wohnung zu verlieren und im Kiez keine mehr zu finden.

Ihr Name tut nichts zur Sache, denn sie ist kein Einzelfall. Fast täglich bin ich mit solchen Schilderungen konfrontiert. Umwandlungen in Eigentumswohnungen, umfangreiche Modernisierungen, Hausverkäufe und hohe Neuvermietungsmiten sind die häufigsten Symptome eines völlig außer Kontrolle geratenen Immobilienmarkts.

DIE ANGST GEHT UM

Die Rentnerin in meiner Sprechstunde versuche ich ein wenig zu beruhigen. Ihr zu erklären, dass im

Milieuschutzgebiet ihre Wohnung sieben Jahre lang nur an die Mieter*innen verkauft werden darf. Dass sich nach dem ersten Verkauf noch eine Schutzfrist von fünf Jahren anschließt, in der ihr nicht wegen Eigenbedarf gekündigt werden kann. Macht zusammen mindestens zwölf Jahre.

Dann gebe ich ihr noch die Adresse und die Öffnungszeiten der nächsten Mieter*innenberatung mit. An zwölf Orten finanziert der Bezirk mittlerweile kostenlose Beratungen zu allen mietrechtlichen Fragen. Sie ist dankbar für das Hilfsangebot. Aber ich weiß auch: die Angst kann ich ihr damit nicht nehmen. Das schwebende Damoklesschwert wird bleiben.

SELBSTHILFE GEGEN DIE BUNDESREGIERUNG

Natürlich gäbe es gute Möglichkeiten das Grundrecht auf Wohnen, das in der Berliner Verfassung verankert ist, auch durchzusetzen.

HALLO NEUKÖLLN!

AUF DER BAUSTELLE

Noch 'n Gerüst! Wo man kürzlich noch an beschmierten Hausfassaden vorbeisclenderte, fordern einen jetzt Schilder zum Wechsel der Straßenseite auf. Es wird gebaut. Kräne, Baulärm, Bagger und Presslufthämmer rücken unserem Bezirk auf die Pelle. Neukölln erlebt einen Bauboom wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte.

Finden Sie das gut? Wir haben da so unsere Zweifel. Natürlich ist nichts dagegen zu sagen, wenn unser Bezirk etwas herausgeputzt wird. In den vielen Jahren, da Berlin arm aber angeblich sexy war, ist die Infrastruktur arg zerbröselst und die Wohnqualität hat in vielen Straßen gelitten. Gut, wenn sich das ändert.

Doch viele Baustellen entstehen nicht wegen der Wohnqualität, sondern vor allem wegen des Profits. Das Lifting der Kieze findet über die Köpfe der Neuköllner*innen hinweg statt. Und es führt dazu, dass sich immer mehr ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

Gegen diese Baustellen wollen wir uns zur Wehr setzen. Wir haben das Thema zum Schwerpunkt unserer neuen Stachel-Ausgabe gemacht. Auf dass wir gemeinsam gegen Mietenwahn und Verdrängung aktiv werden.

Die Stachel-Redaktion

Eine funktionierende Mietpreisbremse mit empfindlichen Strafen bei Verstoß.

Fortsetzung auf Seite 6

NEUKÖLLN – FAIR UND NACHHALTIG

Neuausrichtung der öffentlichen Beschaffung geht voran

Handel ist wichtig für die Entwicklung einer Region oder eines Landes. Der derzeitige Welthandel ist ungerecht, der globale Norden beutet den Süden aus. Oft werden Produzierende durch spekulativen Rohstoffhandel und wenige globale Einkäufer*innen genötigt, sich Preisdiktaten zu unterwerfen. Weil die Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten häufig nicht in den Produktionsländern stattfindet, sinkt die Chance auf eine angemessene Wertschöpfung weiter.

FAIRER HANDEL HILFT PRODUZENT*INNEN VOR ORT

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, unterstützen Initiativen des fairen Handels Produzent*innen nicht nur bei fairer Entlohnung, sondern auch im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der Produktion. Zusätzlich werden umsatzabhängig Gelder bereitgestellt, um z.B. Schulen oder Brunnen zu bauen.

Die öffentliche Verwaltung verfügt mit ihren milliardenschweren Etats über effektive Möglichkeiten,

hier zu steuern. Die nachhaltige, soziale und faire Beschaffung war deshalb ein grünes Wahlkampfthema und wurde in der Zählgemeinschaftsvereinbarung verankert: „Neukölln gestaltet die Beschaffung und Vergabe im Bezirk möglichst ökologisch und sozial. Zudem macht Neukölln sich auf den Weg, den Titel „Fairtrade Town“ zu erhalten.“

GRÜNEN PLÄNEN FOLGEN TATEN

Wir initiierten deshalb erfolgreich viele Anträge, damit etwa bei der Beschaffung von Bällen, Sporttrikots und bei der Bewirtung der Rathausgäste fair hergestellte Produkte Vorrang haben. Der Bezirk setzt sich auf grüne Initiative dafür ein, dass faire Produkte in den Bestelllisten des Landesbeschaffungsamtes leichter zu finden sind und Dienstleistung wenn möglich unter fairen Gesichtspunkten produziert wird. Im April 2018 gründete sich unsere bezirkliche Steuerungsgruppe, die den Prozess fördert und begleitet.

Ein Highlight im Rahmen der



Erstes Neuköllner Nachhaltigkeitsfest auf dem Alfred-Scholz-Platz
Foto: Christian Hoffmann

vielfältigen bezirklichen Aktivitäten war das von der Neuköllner Nachhaltigkeitsbeauftragten Eva Hein organisierte 1. Nachhaltigkeitsfest am 29.09., bei dem eine Vielzahl von Initiativen für fairen Handel, Zero Waste und Nachhaltigkeit warb.

Wir sind auf dem richtigen Weg, die öffentlichen Gelder in Zukunft unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten

auszugeben und wirken auf diesem Weg vorbildhaft für alle Neuköllner*innen.



Christian Hoffmann,
Mitglied der Grünen
Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

SÄUGLINGSSTERBLICHKEIT IN NEUKÖLLN

Ursachen müssen weiter erforscht und Vorsorgemaßnahmen verbessert werden

Die Säuglingssterblichkeit ist weltweit ein anerkannter Indikator für die gesundheitliche Lage einer Bevölkerung und die medizinische Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen.

Neukölln ist der Berliner Bezirk, der seit Jahren eine wesentlich höhere Säuglingssterblichkeit aufweist als alle anderen Bezirke. Das gilt auch für Bezirke mit ähnlicher Bevölkerungs- und Sozialstruktur. Es liegen Daten bis 2016 vor, die für Neukölln 5,3 Sterbefälle pro 1.000 Lebendgeborene bei Kindern bis zu einem Jahr aufzeigen. Der Berliner Durchschnitt liegt bei 3,1 Sterbefällen und in einigen Bezirken deutlich darunter. In Steglitz-Zehlendorf liegt die Sterberate bei 1,4.

Im Mai 2018 stellte ich für die Neuköllner Grünen eine große Anfrage in der Bezirksverordne-

tenversammlung zu den Ursachen dieses Phänomens und um zu erfragen, mit welchen Maßnahmen



Foto: pixabay

das Bezirksamt diese Situation entscheidend verbessern will.

URSACHEN KLÄREN

Obwohl bisher keine eindeutigen Ursachen für die Säuglingssterblichkeit bekannt sind, äußerte der Stadtrat für Jugend und Gesundheit, Falko Liecke (CDU), Mutmaßungen über Ehen zwischen Verwandten, die in erhöhtem Maße in Familien mit Migrationshintergrund vorkämen, und aus denen kranke Kinder hervorgehen könnten.

Als Grüne halten wir es für schädlich, mit solchen Spekulationen Vorurteile gegen Menschen mit Migrationsgeschichte zu befeuern.

Wichtig ist es wahrzunehmen, dass es anscheinend eine Gruppe von Menschen gibt, die wir seit Jahren nicht erreichen. Das Problem muss unbedingt weiter erforscht werden, gleichzeitig müssen präventive Maßnahmen ausgebaut werden.

VORSORGE-ANGEBOTE MÜSSEN NIEDRIGSCHWELIG ERREICHBAR SEIN

Die Gesundheitsaufklärung muss intensiviert und vielsprachig kommuniziert werden. Die schon bestehenden Angebote der Gesundheitsvorsorge müssen ausgebaut und niedrigschwellig erreichbar sein.

Wir werden als Grüne im Gesundheitsausschuss dieses Thema weiter konstruktiv begleiten, und auf Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung von Schwangeren und Familien mit neugeborenen Kindern bestehen.



Ursula Künning,
Mitglied der Grünen
Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

FÜR MEHR VIELFALT IN DER KOMMUNALPOLITIK

Teilhabe jetzt stärken

Vielfalt ist die Normalität und nicht die Ausnahme. Migration – Ein- und Auswanderung – war weltweit schon immer Normalzustand und hat auch Neukölln von jeher geprägt. Die lebendige Einwanderungsgesellschaft, das Zusammenleben von Menschen aller Geschlechter, verschiedenster Lebensgeschichten und auch Lebensentwürfen ist für uns Neuköllner*innen gelebte Realität.

Noch immer werden Menschen bei uns und andernorts benachteiligt und diskriminiert. Rechter Terror, der sich gegen ein friedliches Miteinander aller richtet, ist auch heute noch in unserem Bezirk präsent. Rassismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stellen wir Grüne Neukölln uns entschieden entgegen. Sowohl offene Gewalt als auch vermeintlich subtile Diskriminierungen werten

Menschen ab und verletzen elementare Grund- und Menschenrechte.

VIELFALT SCHAFFT GERECHTIGKEIT

In einer gerechten Gesellschaft haben wir aber nicht nur Diskriminierungen abzuwehren, sondern wir müssen zudem für die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen und politischen Leben Sorge tragen. Das gilt gerade auch für Parteien, die nach wie vor die Vielfalt der Gesellschaft nicht abbilden.

In ihnen finden die Perspektiven von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten nicht genügend Ausdruck; Menschen mit Migrationsgeschichte und People of Colour, Frauen*, Arbeiter*innen, Menschen mit Behinderung und andere marginalisierte Gruppen sind deutlich unterrepräsentiert. Doch in einer legitimen Demokratie müssen

alle Menschen Gehör finden, denn nur durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Perspektiven ist eine gute und gerechte Politik möglich.

GRÜNE VERANSTALTUNGSREIHE

Es ist der Anspruch von uns Grünen Neukölln, die gesellschaftliche Vielstimmigkeit unseres Bezirks abzubilden und unsere Gesellschaft gemeinsam mit Neuköllner*innen für alle gerechter, solidarischer und ökologischer zu gestalten. Wir setzen uns daher aktiv für mehr Teilhabegerechtigkeit im Bezirk und dem eigenen Kreisverband ein. Dafür verändern wir unsere eigenen Strukturen, vernetzen uns, laden Menschen ein, und haben jüngst auch die Veranstaltungsreihe „Teilhabe jetzt – Für mehr Diversität in der Kommunalpolitik“ gestartet.



Philmon Ghirmai und Anna Hoppenau, Vorstandssprecher*innen des KV Neukölln

Weitere Infos:

www.gruene-neukoelln.de



MEHR FEMINISMUS WAGEN

Unsere Grüne Frauen*konferenz 2018



Foto: Julia Dittmann

Am 13.10. tagte unsere Frauen*konferenz im Saal der Berliner Stadtmission. Für uns Grüne Frauen* war dieser Tag ein ganz besonderer: Dank des neuen Delegiertensystems waren wir zum ersten Mal beschlussfähig.

Gesine Agena, unsere Frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand, führte mit ihrer Rede in die Debatte zum Grundsatzprogramm ein. Wir waren uns einig, dass feministische Inhalte im gesamten Prozess stark gemacht werden müssen.

EHEGATTENSPLITTING ABSCHAFFEN

Mit unserem Leitantrag „Mehr Feminismus wagen! Mit uns wird Berlin zur Stadt der Frauen“ haben wir klargestellt, dass frauenspezifische Belange in allen Bereichen des Lebens stärker berücksichtigt werden müssen. Außerdem haben wir einen Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen* und Gender beschlossen. Darin sprechen wir uns dafür aus, die Abschaffung des Ehegatt*innensplittings weiter voranzutreiben. Auch der Antrag, Gewicht als ein Merkmal im neuen Landesantidiskriminierungsgesetz zu verankern, wurde angenommen.

Leider wird unsere Frauenpolitische Sprecherin Rhea Niggemann bei der nächsten Wahl zum Landesvorstand nicht mehr antreten. Daher haben wir ein Votum an Ina Rosenthal vergeben, die ihre Kandidatur angekündigt hat. Für diese hat sie nun einen starken Rückenwind,

denn das Votum der Delegierten fiel einstimmig aus.

DEMO FÜR VIELFALT UND SOLIDARITÄT

Im Anschluss an die Konferenz haben wir an der Demo #unteilbar teilgenommen. Gemeinsam mit einer viertel Million Menschen haben wir uns Rassismus, Antifeminismus und LGBTQ*-Feindlichkeit entgegen gestellt. Wir treten ein für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Das haben wir an diesem Tag einmal mehr deutlich gemacht.



Anja Kofbinger MdB, Sprecherin für Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik

AFRIKA UND DEUTSCHER KOLONIALISMUS

Gemeinsame Geschichte in Berlin gemeinsam erinnern

Als Hauptstadt des Deutschen Reiches kam Berlin im Zeitalter des Kolonialismus eine besondere Rolle zu. Als Gastgeberin der „Kongokonferenz“ von 1884/1885 wurde hier etwa die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den Kolonialmächten besiegelt. Diese Vergangenheit hat in der Stadt zahlreiche Spuren hinterlassen: Dazu gehören diverse Straßennamen, mit denen bis heute Kolonialverbrecher „geehrt“ werden, wie im Falle der Neuköllner Wissmannstraße. Aber auch tausende geraubter Kunstwerke und menschlicher Gebeine, die noch immer in Berliner Museen lagern. Heute, hundert Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs und damit dem formalen Ende des deutschen Kolonialreichs, wird es Zeit, dass sich Berlin seiner kolonialen Geschichte stellt und historische Verantwortung übernimmt.

AUFARBEITUNG DER DEUTSCHEN KOLONIALGESCHICHTE

Für uns Grüne ist die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und ihrer Verbrechen, wie Völkermord und Sklavenhandel, ein zentrales Anliegen. Diese Vergangenheit kann nur gemeinsam erinnert werden, zusammen mit den Menschen aus den ehemaligen Kolonien. Die aktuellen Debatten zeigen aber auch, dass der Weg zu einer echten De-



Gedenkstein auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm
Foto: Philmon Ghirmai

kolonisierung Berlins noch weit ist. Die Kontroversen über Straßenumbenennungen wie im Afrikanischen Viertel, um das Humboldt Forum und sein koloniales Sammlungserbe oder die Rückgabe von Raubkunst und Human Remains, stehen bislang jede für sich. Gemeinsam markieren sie eine offensichtliche Leerstelle: Berlin fehlt ein Gesamtkonzept im Umgang mit seiner (post-)kolonialen Vergangenheit. Das wollen wir Grüne ändern.

ENTWICKLUNG EINES GESAMTSTÄDTISCHEN (POST-)KOLONIALEN ERINNERUNGSKONZEPTS

Mit der rot-rot-grünen Koalition bewegt sich endlich auch beim Thema (Post-)Kolonialismus etwas in der Stadt. Im Koalitionsvertrag ist ausdrücklich von einer politischen

Verpflichtung zur „Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen“ die Rede. Ein entsprechendes Erinnerungskonzept muss aus Sicht der Grünen die ganze Stadt in den Blick nehmen und alle relevanten Aspekte miteinbeziehen. Dazu gehören neben einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung auch Maßnahmen im Bereich der (außer-)schulischen, universitären sowie kulturellen Bildung und der Kulturförderung. Eine besondere Rolle kommt dabei der Erinnerungsarbeit und dem öffentlichen Raum zu. Im Vordergrund muss – wie im Koalitionsvertrag festgehalten – die Schaffung einer zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Kolonialismus und Versklavung als Lern- und Erinnerungsort stehen, und das in enger Abstimmung mit dem Bund. Denn alles, was es in Deutschland bisher in diesem Zusammenhang gibt, ist ein unscheinbarer Gedenkstein auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm, der an den deutschen Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia erinnert. Der Stein wurde 2009 auf Initiative der Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksamts Neukölln errichtet – unmittelbar neben einer älteren Tafel, die den im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika gefallenen Soldaten gewidmet ist. Das Beispiel zeigt, wie schwer es of-

fenbar bis heute fällt, die historische Verantwortung für die deutschen Kolonialverbrechen anzunehmen und ihrer Opfer in angemessener Form zu gedenken.

VERANTWORTUNG FÜR VERGANGENHEIT UND GEGENWART ÜBERNEHMEN

Deutschlands koloniale Vergangenheit wirkt bis heute nach. Rassismus und Diskriminierung sind ebenso ein Teil dieses historischen Erbes wie gesellschaftliche Stereotypen und Vorurteile. Sich der eigenen Geschichte anzunehmen und würdige Formen des Erinnerns zu entwickeln bedeutet daher auch, demokratische Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Es wird deshalb höchste Zeit, dass Berlin seine Kolonialvergangenheit endlich aufarbeitet. Das sind wir nicht nur ihren Opfern und deren Nachfahren schuldig, sondern auch unserer offenen und vielfältigen Stadtgesellschaft insgesamt.



Daniel Wesener Mda, Sprecher für Kultur und Sebastian Walter Mda, Sprecher für Antidiskriminierung und Queerpolitik

DIE GRÜNE JUGEND NEUKÖLLN

Wie wir unseren Bezirk umweltfreundlicher und toleranter gestalten wollen



Die Grüne Jugend bei ihrem Sommerfest auf dem Tempelhofer Feld,
Foto: Christopher Mäuer

In den letzten Monaten haben wir als Grüne Jugend Neukölln viel gemacht! Bei den Mietenkampagnen der Grünen Jugend und der Grünen Neukölln sowie den vielen Demos und Aktionen waren wir stets involviert und stark vertreten. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung

mit unserem Halbjahresthema „Neue Rechte“, waren wir gegen rechte Gewalt mehrmals in Neukölln und in ganz Berlin auf der Straße. Zum Abschluss dieses Themenblocks ist nun noch eine No-Compact-Aktion gegen das rechtspopulistische Magazin „Compact“ geplant, während der wir Spätis über das Magazin aufklären und so dessen Verkauf reduzieren wollen.

UNSER NEUES HALBJAHRESTHEMA

Im kommenden Halbjahr werden wir uns mit Flucht und Migration beschäftigen. Wir wollen historische

Entwicklungen, heutige Fluchtursachen, verschiedene Migrationsarten, die Seenotrettung und lokale Initiativen aus Neuköllner, deutscher, europäischer und globaler Perspektive behandeln und dabei coole Projekte und Aktionen entwickeln, die wir in unserem Kiez umsetzen können

UNSERE PROJEKTE

Auf umwelttechnischer Seite hören wir nicht damit auf, Schadstoffe in Neukölln zu messen und diese Werte aufzunehmen. Die Ergebnisse und Analysen dazu gibt es bald auf www.dickeluft.berlin. Auch unser Engagement im Kampf für eine „Protected

Bike Lane“ (www.pbl-neukoelln.de) in unserem Kiez geht weiter! Wir freuen uns auf die kommenden Monate und laden wie immer alle Interessierten zu unseren Treffen mittwochs um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Grünen Neukölln (Berthelsdorfer Str. 9) ein! Auf Facebook, Twitter und Instagram findet ihr dazu alle weiteren Infos und Updates zu unseren Themen.



Meret Weber, Grüne Jugend Neukölln

WARUM WISSMANN WEG MUSS

Lehren aus der Kolonialzeit ziehen

Straßen sollten nicht nach Verbrechen benannt sein. Ein Straßennamen ist schließlich eine Ehrung – und außerdem: Wer will als Adresse ständig den Namen eines Mörders angeben? Daher ist es gut, dass die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen hat, die Wissmannstraße umzubenennen. Hermann Wissmann (1853-1905) hat als Reichskommissar Deutsch-Ostafrikas in Tansania die Aufstände gegen die deutsche Kolonialmacht brutal niedergeschlagen. Dabei ging es ihm um die „ordonanzmäßige Devastierung“: Gefangenenerkutionen, Vergewaltigungen, Plünderungen. Dass er „alles hängen will“, berichteten deutsche Zeugen nach Berlin.

UNWISSEN ÜBER DIE KOLONIALE VERGANGENHEIT

Die Umbenennung der Straße soll mit Bildungsangeboten über die Deutsche Kolonialzeit vorbereitet

werden, an denen sich die Neuköllner Volkshochschule, das Museum Neukölln und Schulen beteiligen wollen. Leider ist das Wissen über die Kolonialzeit gering, obwohl die Folgen bis heute groß sind. Der Zugriff auf Rohstoffe erklärt sich aus dieser „vergessenen“ Epoche. Gewalt und Unterdrückung sind in den Ländern Afrikas nicht vergessen, es gibt Überlebende und Erinnerungen in den betroffenen Familien.

DER NEUE STRASSENNAME

Der neue Name der Straße wird am Ende des Prozesses von der BVV beschlossen, denn bei ihr liegt das Recht auf Straßenumbenennungen. Ich habe mit meiner Kollegin Anja Kofbinger für unsere symbolischen Umbenennungen der letzten Jahre immer Frauennamen gewählt und dabei soll es auch gemäß dem BVV-Beschluss bleiben. Wir Grünen wünschen uns den Namen einer Frau,



Symbolische Straßen-Umbenennungsaktion „Wissmann muss weg“: Aoua Kéita war eine Frauenrechts-Aktivistin aus Mali, Foto: Christian Hoffmann

die gegen den Kolonialismus aktiv war. Deren Namen also die Erinnerung an diese traurige Zeit wachhält, zugleich aber den Widerstand ehrt und als Vorbild in die Zukunft trägt.



Susanna Kahlefeld
MdA, Sprecherin für
Partizipation und
Beteiligung

ENDE GELÄNDE FÜR DIE KOHLE!

Das Klima retten wir nur gemeinsam



Foto: Georg Kössler

Ein goldenes „End Coal Now“ leuchtete am 28. Oktober auf dem Hang neben der Hambachbahn, der „Schlagader der Rheinischen Braunkohleproduktion“. Normalerweise transportiert der Konzern RWE hier täglich tausende Tonnen Braunkohle vom Tagebau zu drei seiner dreckigsten Kraftwerke. Doch nicht an diesem Tag – denn die Gleise waren von tausenden Menschen blockiert. Ausmaß und Stimmung dieser Protestaktion erinnerten mich an die Proteste gegen den Castor-Transport im Wendland. Als jemand, der bei jeder Aktion des Bündnisses „Ende

Gelände“ bisher involviert war, muss ich feststellen, dass eine neue Stufe des Protests erreicht wurde.

BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN PROTEST

An dieser bisher größten klimapolitischen Aktion zivilen Ungehorsams nahmen am letzten Oktoberwochenende nicht nur über 6.000 Aktivist*innen teil. Die Aktion fand auch breite Unterstützung quer durch alle Bevölkerungsschichten. Warum? Der Rekord-Hitzesommer ist uns allen noch sehr präsent. Gerade erst warnte der Weltklimarat erneut vor

den desaströsen Folgen des Klimawandels: Naturkatastrophen, Hunger und Kriege könnten in Folge einer Erderwärmung über 1,5°C stark zunehmen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Diskrepanz zwischen realen Gefahren des Klimawandels und politischem Handeln immer größer. Somit wird ziviler Ungehorsam und die friedliche Blockade von Kohleinfrastruktur für mehr und mehr Menschen zum legitimen – ja notwendigen – Mittel.

ENDE DER KOHLE

Der Fokus auf die Braunkohle und den Tagebau Hambach bzw. den angrenzenden Wald ergibt Sinn: Kohle ist der Klimakiller Nummer eins. Und am schlimmsten ist die Braunkohle, aus der die dreckigsten zwanzig Prozent des deutschen Stroms erzeugt werden. Niemandem leuchtet es ein, warum ein jahrhundertealter Wald für den Abbau eines Energieträgers weichen soll, dessen Ende zeitgleich in einer von der Bundesregierung einberufenen „Kohlekommission“ beschlossen werden soll.

GEMEINSAM DAS KLIMA RETTEN

Auch für Berlin ist diese Bewegung höchst relevant. Zwar hat die rot-rot-grüne Koalition für Berlin als erstes Bundesland den Kohleausstieg bis 2030 gesetzlich verankert, aber die Festlegung eines Enddatums kann nur der Anfang sein. Es geht auch für uns nun darum, den Schwung der Klimabewegung in die tägliche Praxis zu bringen. Wenn „Ende Gelände“ etwas gezeigt hat, dann doch, dass es sich um eine breite Bewegung handelt. Jung und Alt aus West und Ost nehmen es nicht länger hin, wie Bundesregierung und Konzerne ihre Zukunft für kurzfristige Profite und Wahlgewinne verspielen. Die Menschen kämpfen für eine lebenswerte Zukunft. Und dieser Kampf wird nicht nur im Rheinland geführt.



Georg Kössler MdA,
Sprecher für Klima-
und Umweltschutz,
Eine-Welt-Politik und
Clubkultur

RETTE DEINEN KIEZ

Stadtrat Jochen Biedermann über Mietenwahnsinn und Solidarität in Neukölln

Fortsetzung von Seite 1

Das Verbot von – oft ohnehin fingierten – Eigenbedarfskündigungen beim Verkauf von vermieteten Wohnungen. Die Kappung der aus der Zeit gefallenen Modernisierungsumlage. Das Problem: alle diese Fragen werden auf Bundesebene entschieden. Und der dortigen großen Koalition fehlt es entweder am Willen oder an der Kraft wirkliche Verbesserungen für die Mieter*innen umzusetzen.

Also bleibt nur Selbermachen. Seit ich vor zwei Jahren zum Stadtrat gewählt wurde, habe ich vieles angeschoben. Der Norden Neuköllns ist mittlerweile fast flächendeckend Milieuschutzgebiet, der restliche Bezirk wird derzeit auf weitere po-

tentielle Schutzgebiete untersucht. Durch Milieuschutz konnten zahlreiche preistreibende Luxusmodernisierungen verhindert werden. Bei Hausverkäufen im Milieuschutz prüft der Bezirk inzwischen regelmäßig das Vorkaufsrecht. Sechs Mal hat der Bezirk das Instrument bereits genutzt, in 20 Fällen wurde durch vertragliche Vereinbarungen zusätzlicher Schutz für die Bewohner*innen verankert. Die konsequente Haltung zeigt Wirkung: manch Investor*in, der/die es nur auf schnelle Rendite abgesehen hatte, hat sich aus Neukölln wieder verabschiedet.

GELEBTE SOLIDARITÄT

Selbermachen geht aber nur zusammen. Auch deshalb ist mir der

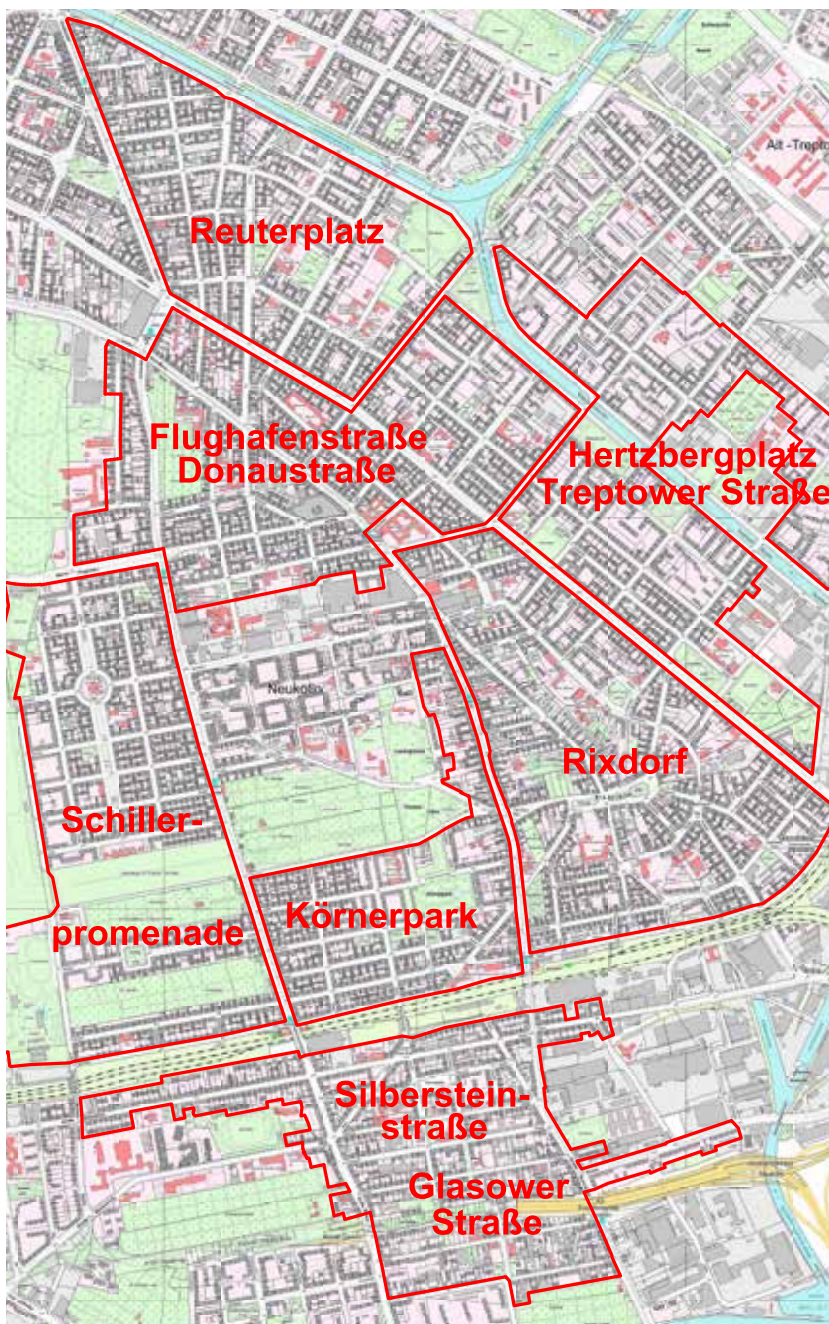
Kontakt zu betroffenen Hausgemeinschaften so wichtig. Und es ist faszinierend zu sehen, welche ungeahnten Kräfte in so einem ganz „normalen“ Neuköllner Mietshaus stecken. Es hat mich tief beeindruckt, wie in kürzester Zeit - beim Vorkaufsrecht reden wir über sechs Wochen - aus manchem bis dato anonymen Nebeneinander eine eingeschworene Gemeinschaft geworden ist. Wie sich in kurzer Zeit Expert*innen im Mietrecht, in Vorkaufsfällen, aber auch in Veranstaltungsorganisation und Pressearbeit entwickelt haben. Das ist für meine Verwaltung und mich manchmal anstrengend, aber es ist zugleich stets Ansporn.

Und es ist gelebte Solidarität. Von ihr profitieren auch die, die sich aus welchen Gründen auch immer sonst

nicht zu wehren wüssten. Die gar nicht erst den Weg in meine Sprechstunde oder zur Mieter*innenberatung finden. Ich sehe das auch als Auftrag an diejenigen, die vielleicht erst in den letzten Jahren zugezogen sind: Rette auch den Kiez Deiner Nachbar*innen.



Jochen Biedermann,
Stadtrat für Stadtentwicklung,
Soziales und Bürgerdienste in
Neukölln



MILIEUSCHUTZ IN NEUKÖLLN

Wie der Bezirk Mieter*innen schützt

Die meisten Regelungen im Mietrecht können nur auf Bundes- oder Landesebene verändert werden. Eine der wenigen Einflussmöglichkeiten auf Bezirksebene ist der Milieuschutz. Mit diesem Instrument können insbesondere aufwändige Modernisierungen verhindert werden, bei denen die Kosten hinterher mit bis zu 11 Prozent jährlich auf die Mieter*innen umgelegt werden können.

Nachdem Union und SPD in Neukölln die grünen Anträge zur Einrichtung von Milieuschutzgebieten jahrelang abgelehnt hatten, brachte im Jahr 2015 ein Bürger*innenantrag endlich den Durchbruch. Heute gibt es in unserem Bezirk sieben Milieuschutzgebiete, die fast ganz Nord-Neukölln abdecken (s. Karte).

LUXUSSANIERUNG VERBOTEN

In den Milieuschutzgebieten sind viele Maßnahmen nicht zulässig oder streng reglementiert. So etwa die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, der Bau oder Einbau teurer Balkone, Fußbodenheizungen oder eines zweiten Bades.

Besonders wichtig: In Milieuschutzgebieten sind Hausverkäufe genehmigungspflichtig. Wenn sich ein Käufer nicht mit den Zielen des Milieuschutzes einverstanden erklärt,

hat der Bezirk ein sogenanntes Vorkaufsrecht. Er kann dann den Kaufvertrag übernehmen und das Haus selbst erwerben. Sechs Mal hat der Bezirk das Instrument bereits genutzt, in 20 Fällen wurde durch vertragliche Vereinbarungen zusätzlicher Schutz für die Bewohner*innen verankert. RSP

„Weder Milieuschutz noch Vorkaufsrecht sind Allheilmittel, aber die konsequente Nutzung aller bezirklichen Instrumente hat schon einen spürbaren Effekt.“

Jochen Biedermann

GEMEINSAM GEGEN MIETENWAHN

Kampagne „Rette Deinen Kiez“ zeigt fünf Dinge, die jede und jeder tun kann

Mit Kampagnen wie „Rette deinen Kiez“ der Grünen Neukölln, kann man sicherlich nicht die Marktentwicklungen auf den Kopf stellen oder die Kapitalverwertungsinteressen ausschalten. Aber die Chancen, die sich bieten,

sollten die Mieter*innen nutzen. Vielleicht können wir alle gemeinsam helfen, dass Immobilienblasen platzen. Lasst uns zusammen der Sand im Getriebe sein! Hier zeigen wir fünf Dinge, die jeder und jede tun kann.



1. INFORMIER DICH

... über den Milieuschutz in Neukölln, das Zweckentfremdungsgebot in Berlin und die Mietpreisbremse. Du hast Rechte, die du kennen solltest. Infos dazu gibt es auf <https://rette-deinen-kiez.de>.



2. WEHR DICH

Resigniertes Abwarten hilft nicht gegen Mietwucher und Verdrängung. Gegen Hausverkauf und Modernisierung kann man sich Rat bei der Mieterschutzberatung oder – wenn das Haus im Milieuschutzgebiet steht – auch beim Bezirksamt einholen. Eine Liste von Mieterberatungsstellen gibt es unter <https://rette-deinen-kiez.de/beratung>.



3. MELDE LEERSTAND

Illegale Ferienwohnungen und langfristig leerstehende Wohnungen werden dringend als normale Mietwohnungen benötigt. Die Verwaltung kann handeln – wenn sie weiß, wo. Ein Formular für die Meldung gibt es unter <https://rette-deinen-kiez.de/aktion-3>.



4. ZIEH DIE MIETBREMSE

Die von der Bundesregierung beschlossene Mietbremse reicht zwar vorne und hinten nicht, um den Mietwahn einzudämmen. Dennoch solltet Ihr die vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Denn wenn eine Wohnung neu vermietet wird, darf die Miete nur begrenzt auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete steigen. Grundlage ist der Berliner Mietspiegel, den gibt es unter <https://www.berliner-mieterverein.de>.



5. MACH DER BUNDESREGIERUNG DRUCK

Wir verlieren immer noch jede Menge Wohnungen im bezahlbaren Rahmen durch Umgehung der Mietpreisbremse, Umwandlungen in Eigentumswohnungen, Share Deals, durch den Missbrauch der energetischen Sanierung, durch die zu schwachen Schutzmechanismen des Milieuschutzes, die Zweckentfremdung von Wohnraum oder durch einen lückenhaften Kündigungsschutz. All das kann nur auf Bundesebene anders geregelt werden. Schickt dazu eine Petition an die Berliner Abgeordneten von Union und SPD. Eine Vorlage gibt es unter <https://rette-deinen-kiez.de/e-mailaktion>.

Weitere Infos:
rette-deinen-kiez.de



**ZUSAMMEN
GEGEN TEURE
MIETEN!**
[RETTE-DEINEN-KIEZ.DE](https://rette-deinen-kiez.de)

GRÜNEN

ALARMSTUFE ROT!

Mieten und Einkommen laufen in Neukölln besonders stark auseinander



Die Mietpreise haben sich in Neukölln in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Im Durchschnitt stieg die Netto-Kaltniete der angebotenen Wohnungen von 5 Euro in 2008 auf 10 Euro im Jahr 2017. Damit nimmt unser ehemals durch günstige Mieten geprägter Bezirk die traurige Nummer eins in Berlin ein. Nur am Potsdamer Platz sind die Mieten ähnlich stark gestiegen.

Gleichzeitig verdienen die Menschen in Neukölln so wenig wie nirgendwo sonst in Berlin. Mit einem mittleren Nettoeinkommen

von 1700 Euro liegt unser Bezirk auf dem letzten Platz. Ein Viertel der Haushalte muss gar mit weniger als 900 Euro auskommen.

Doch die Lebenssituation der Menschen kümmert den Wohnungsmarkt nicht. Unser Zuhause ist für Investor*innen zum interessantesten Spekulationsobjekt geworden. Neuköllner*innen mit geringeren Einkommen können sich die Wohnung schlicht nicht mehr leisten und sind gezwungen, aus unseren Kiezen weg zu ziehen.

HOHE MIETEN SIND KEIN NATURGESETZ

Wie die Bundesregierung Miethaien die Zähne ziehen könnte



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Die Mieten in Deutschland explodieren und die Bundesregierung findet keine wirksamen Antworten. Ihre Mietpolitik führt zu einer massiven Verunsicherung zehntausender Menschen. Union und SPD setzen falsche Prioritäten und ihre politischen Instrumente drohen die Lage weiter zu verschärfen statt zu lösen. Dabei sind Verdrängung, soziale Spaltung und zunehmende Wohnungslosigkeit keine Naturgesetze, auch nicht in einer wachsenden Stadt wie Berlin.

UNION UND SPD VERSAGEN

Die Wohnungsmisere ist nicht einfach nur ein Marktversagen, nein, sie ist auch Politikversagen. Jede Menge bezahlbare Wohnungen gehen verloren, weil die Mietpreisbremse von Vermieter*innen zu leicht umgangen, aus einer Mietwohnung ruckzuck eine Eigentumswohnung oder die energetische Sanierung zur Verdrängung der Mieter*innen missbraucht werden kann. All diese Punkte können nur auf Bundesebene anders geregelt werden. Doch die Bundesregierung lässt die Städte im Stich, wenn sie versuchen, eine aktive Wohnungspolitik zu machen.

Merkel, Nahles und Seehofer müssen endlich handeln! Schluss mit der Verweigerungshaltung. Sie müssen die Städte im Kampf gegen den Mietenwahnsinn unterstützen, statt sie weiter sozial zu spalten.

WAS JETZT KOMMEN MUSS

In den Berliner Bezirken zeigen grüne Baustadträte mit Vorkaufsrecht und Milieuschutz bereits, wie es geht. Um ihre Arbeit auf Bundesebene zu unterstützen und Mieter*innen gegen übertriebene Mieten und Verdrängung besser zu schützen, fordern wir Grüne

- einen echten Aufbruch für bezahlbaren Wohnraum anzugehen, indem sie die grüne neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführt
- die Lücken im Miet- und Bau-recht zu schließen
- die Modernisierungsumlage von 11 auf 4 Prozent zu senken
- den Milieuschutz zu einem Mieter*innenschutz-Instrument weiterzuentwickeln
- ein Verbandsklagerecht sowie kollektive Mieter*innenrechte einzuführen
- die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, indem sie Share Deals abschafft und das Vorkaufsrecht stärkt

Übrigens: Mit diesen Forderungen hat der Grüne Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Dirk Behrendt eine Bundsratsinitiative gestartet. Die Länderregierungen könnten damit die Bundesregierung endlich aus ihrem Dornröschenschlaf reißen. *RSP*

MIETERBERATUNG IN NEUKÖLLN

- **Waschhaus Café**
Eugen-Bolz-Kehre 12, 12351 Berlin,
Do. 10.00 – 13.00 Uhr
- **Bürgerhilfe**
Lipschitzallee 70 (im Ärztehaus) 12353 Berlin,
Do. 15.00 – 18.00 Uhr
- **Nachbarschaftstreff Sonnenblick**
Dieselstr. 3, 12057 Berlin,
Mi. 15.00 – 17.00 Uhr (nur in geraden
Kalenderwochen)
- **Familienforum High-Deck**
Hänselstr. 6, 12057 Berlin,
Mi. 15.00 – 17.00 Uhr (nur in ungeraden
Kalenderwochen)

BERATUNG IN MILIEUSCHUTZGEBIETEN

- **Milieuschutzgebiet Reuterplatz**
Rütlistraße 1- 3, 12045 Berlin,
Di. 17:00-19:00 Uhr, Fr. 16:00-18:00 Uhr
Tel.: 030 / 443 381 14
- **Milieuschutzgebiet Schillerkiez**
- Mahlower Straße 27, 12049 Berlin
Di. 18:30-20:30 Uhr
- Warthestraße 46, 12051 Berlin
Do. 9:30-11.30 Uhr
- **Milieuschutzgebiet Flughafenstraße/Donaustraße**
- Teilgebiet A: Erlanger Straße 13, 12053 Berlin
Do. 16:00-18:00 Uhr, Tel.: 030 / 62 90 43 62
- Teilgebiet B: Richardstraße 5, 12043 Berlin
(Büro der Aktion Karl-Marx-Straße),
Mo. und Do. 16:00-18.00 Uhr,
Tel.: 030 / 621 28 36
- **Milieuschutzgebiet Rixdorf**
- Teilgebiet A: Donaustraße 78, 12043 Berlin
Di. 17:00-20:00 Uhr, Tel.: 030 / 68 08 56 85 0
- Teilgebiet B: Richardstraße 5, 12043 Berlin,
Mo. und Do. 16:00-18.00 Uhr,
Tel.: 030 / 621 28 36
- **Milieuschutzgebiet Körnerpark**
- Teilgebiet A: Schierker Straße 53, 12051 Berlin,
Di. 17:00-20:00 Uhr, Tel.: 030 / 443 381 14
- Teilgebiet B: Richardstraße 5, 12043 Berlin,
Mo. und Do. 16:00 bis 18.00 Uhr,
Tel.: 030 / 621 28 36
- **Milieuschutzgebiet Hertzbergplatz/Treptower Straße**
- Donaustraße 78, 12043 Berlin,
Di. 17:00-20:00 Uhr, Tel.: 030 / 68 08 56 85 0;
- Rütlistraße 1 – 3, 12045 Berlin,
Di. 17:00-19:00 Uhr, Fr. 16:00-18:00 Uhr,
Tel.: 030 / 443 381 14
- **Milieuschutzgebiet Silbersteinstraße/Glasower Straße,**
Glasower Straße 53/54, 12051 Berlin,
Fr. 17:00-20:00Uhr,
Tel.: 030 / 443 381 14

PROBLEMHÄUSER ALS GELDDRUCKMASCHINEN

Wie Schrottimmobilien zur Plage für Mieter*innen und Nachbarschaft werden



*Schrottimmobilien als lohnendes Geschäftsmodell,
Foto: Jeremy Bishop auf Unsplash*

Die Bezirke Mitte, Reinickendorf, Tempelhof und insbesondere Neukölln kämpfen seit Jahren mit dem Problem der sogenannten Schrottimmobilien. Hierbei wird unbewohnbarer Wohnraum, den kein Mensch freiwillig anmieten würde, auf kriminelle Art „vermietet“. Typisch ist: keine Heizung, kein warmes Wasser, Müll, oft verbunden mit Überbelegung und horrenden „Mieten“. Roma sind von diesem Problem besonders oft betroffen. Zum einen werden sie zum Arbeiten nach Berlin geholt und erhalten in den Problemimmobilien einen überteuerten Schlafplatz. Zum anderen lassen sich Roma auf diese schrecklichen Wohnverhältnisse ein, da sie aufgrund massiver Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt fast keine Chance auf anderen Wohnraum haben. Die Bewohner*in-

nen, ihre Nachbarschaft und die Bezirke als politisch Verantwortliche sind die Leidtragenden, während kriminelle Vermieter*innen mit diesem illegalen Geschäftsmodell hohe Gewinne erzielen.

FÜR EIN NEUES WOHNUNGS-AUFSICHTSGESETZ

Eine Überarbeitung des Wohnungsaufsichtsgesetzes, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart ist, ist daher dringend geboten. Vorbildhaft sind hier NRW und Hamburg: NRW hatte eine Enquete-Kommission zum Thema Schrottimmobilien, in der auch die sozialen Probleme Thema waren, eingesetzt. Hamburg wendet das novellierte Gesetz bereits an und hat betroffene Gebäude enteignet. In Berlin gab es während der letzten Legislaturperiode lediglich eine se-

natsinterne Arbeitsgruppe, die aber keine Ergebnisse brachte, obwohl wir Grünen damals schon auf die Missstände hingewiesen haben. Ein Fortschritt ist die Stelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die 2016 vom Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dirk Behrendt, eingerichtet wurde. Wir fordern außerdem, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich dem Thema öffnen und Roma-Familien angemessenen Wohnraum vermieten.



*Susanna Kahlefeld
MdA, Sprecherin für
Partizipation und
Beteiligung*

VERHANDLUNGSERFOLG AUF DEM BLUB-GELÄNDE

Nach zähem Ringen entstehen 80 preisgebundene Wohnungen



*Die Zeit von Underground Parties im Blub ist vorbei,
Foto: Carla Romagna*

Der Bebauungsplan für das Gelände des ehemaligen Spaßbades „Blub“ an der Buschkrugallee ist beschlossen. Rund 450 Wohnungen werden jetzt hier gebaut. Nach zähem Ringen mit dem Investor hat es Stadtrat Jochen Biedermann geschafft, dass 18 Prozent der Wohnungen an Menschen mit Wohnberechtigungsschein vermietet werden müssen.

VERTANE CHANCE

Der Kampf um den geplanten Neubau begann bereits 2012 als die Münchner Höcherl Group das dreieinhalb Hektar große Gelände an der Buschkrugallee kaufte. Damals war das Berliner Modell der „kooperativen Baulandentwicklung“ noch neu. Es sieht vor, dass 30 Prozent der Wohnungen in solchen Fällen zu einem relativ günstigen Preis angeboten werden müssen.

Die damalige Bezirksspitze verzichtete aber darauf, die Regel anzuwenden und verpasste damit die

Chance, eine entsprechende Vereinbarung mit der Höcherl Group zu treffen.

ZÄHES RINGEN

Die grüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hatte per Antrag versucht, schon beim Verkauf das Berliner Modell durchzusetzen, wurde aber von SPD und Union überstimmt. Nach dem Amtsantritt als Stadtrat begann Jochen Biedermann im Jahr 2016 deshalb gleich mit Nachverhandlungen. Die waren anstrengend, aber letztlich erfolgreich.

Zwar liegt das Ergebnis unterhalb des heute möglichen Anteils von 30 Prozent preisgebundener Wohnungen. Aber angesichts der schlechten Ausgangslage ist es für den Bezirk ein großer Erfolg, dass jetzt rund 80 preisgebundene Wohnungen neu entstehen.

NEUKÖLLN GERECHTER MACHEN

Was zwei BVV-Neulinge antreibt
Kommunalpolitik zu machen



Milena Oschmann und Wolfgang Ewert,
Mitglieder der Grünen Fraktion in der
Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

SEIT SEPTEMBER SEID IHR DIE „NEUEN“ IN DER GRÜNEN FRAKTION DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV). WIE ERLEBT IHR DIE PARLAMENTARISCHE AUFGABE?

Milena: Ich fand es erstmal toll, wie viel Zuspruch man bekommt, wie viele Menschen dann doch das ehrenamtliche Engagement begrüßen. Die Fraktion hat mich ganz wunderbar aufgenommen und auch die anderen demokratischen Fraktionen freuen sich über jeden Engagierten.

Wolfgang: Es ist ein bisschen, wie vollständiges Mitglied der Familie zu sein. In den letzten sieben Jahren war ich als Bürgerdeputierter auch oft bei den Fraktionssitzungen und der BVV dabei. Nun sitze ich aber in mehreren Ausschüssen und kann auch in der BVV reden und abstimmen, mich also noch mehr einbringen als vorher. Allerdings ist es, wenn man im Plenum oder in den Ausschüssen sitzt, für mich immer noch ein Kulturschock, wie rückwärtsgewandt, demokratiefeindlich und oft auch menschenverachtend sich die Afdler*innen verhalten.

WAS KANN POLITISCHES ENGAGEMENT AUF KOMMUNALER EBENE ERREICHEN?

Wolfgang: Die Arbeit in der BVV ist mir wichtig, weil hier die Themen angesprochen werden, die die Menschen im Bezirk unmittelbar betreffen. Das ist nicht nur die vielzitierte Parkbank, über die auch mal gestritten wird, sondern aus meinem Be-

reich zum Beispiel die Ausstattung von Schulen oder Trainingszeiten für Sportvereine. Auch für die Öffnung von U-Bahnhöfen für Obdachlose im Winter – eher ein gesamtberliner Thema – setzt sich die BVV auf meinen Antrag hin ein.

Also, kurz und knapp: Hier ist es oft möglich, konkrete Aspekte der Politik im Bezirk zu beleuchten, zu diskutieren und manchmal auch zu einer Lösung beizutragen.

Milena: Ich kann nur jedem empfehlen mal eine Stunde zu einer BVV zu kommen und als Zuschauer zuzuhören oder sich sogar aktiv einzubringen, z.B. über die Bürgerfragestunde. Politik wird nicht nur auf Bundes- oder Landesebene gemacht, vor allem die alltäglichen Dinge, wie der Turnhallenausbau der Schule, die Bordsteinerneuerung oder die Schließung des Nachbarschaftsvereins stehen auf den Tagesordnungen der Bezirksverordnetenversammlung.

WAS MÖCHTET IHR MIT Eurer ARBEIT IN DER BVV BEWEGEN?

Milena: Die Arbeit der BVV ist zeitweise auch kleinteilig und anstrengend, nicht immer machen die Debatten Spaß, vor allem wenn sie mit rechten Parteien geführt werden müssen. Aber mit jedem beschlossenen Tagesordnungspunkt wird die Lage – im besten Falle – für die Neuköllnerinnen und Neuköllner besser.

Wolfgang: Toll wäre es, wenn das Leben in Neukölln ein klein wenig gerechter und lebenswerter für alle würde. Ob das den Kampf gegen hohe Mieten betrifft, den wir mit den bescheidenen Mitteln der Bezirkspolitik führen. Ob das den Einsatz für eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Raums betrifft, weg von der alles überbordenden Dominanz des Autoverkehrs hin zu mehr Bewegungsfreiheit für Zufußgehende und Radfahrende oder für gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, in denen sich alle dort Lernenden und Lehrenden wohl fühlen. Ziel grüner Politik muss die Beteiligung der Betroffenen in allen Bereichen sein, um unseren Bezirk zu gestalten.

TYPISCH
NEU
KÖLLN

DIE HASENSCHÄNKE



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Es gibt nicht mehr viele Plätze, an denen man sich in Neukölln so ruhig und preiswert auf ein Bier, eine Limo oder einen Kaffee verabreden kann wie in der Hasenschänke. Die Mischung aus Späti und Imbiss inmitten der Hasenheide zieht fast das ganze Jahr über Menschen aller Couleur in den Schatten des überdimensionierten Nierentischdaches. Von alteingesessenen Neuköllner*innen, über türkisch- oder arabischstämmige Familien, bis hin zu Student*innen und Hipstern sind alle dabei. Man hört inzwischen auch viel Spanisch, Englisch und Italienisch.

Das Gebäude mit dem nierenförmigen Dach ist 1952 erbaut worden und dient seitdem als Im-

biss. Viel geändert hat sich nicht. Nur das Graffiti an den Wänden kam vor einigen Jahren neu dazu. Ein Sprayer hat den ins Kartenspiel vertieften Hasen im Auftrag der Kioskbetreiber erschaffen.

Was sich auf dem Platz vor dem Hasen tagtäglich abspielt, hat der Reporter Reinhold Steinle im Online-Magazin Quiez vor einigen Jahren schon auf den Punkt gebracht: „Wenn es einen Platz in Neukölln – oder sollte ich schreiben – in Berlin, in Deutschland, in Europa, in der Welt gibt, an dem Multi-Kulti, Multi-Alter, Multi-Arbeit, Multi-Nichtarbeit bestens funktionieren, dann ist es für mich der Platz vor der Hasenschänke.“ Na dann: Prost, Hase!

ROSENKRIEG UMS TEMPELHOFFER FELD

Es gibt Verletzungen, die heilen langsam: Die Bürger*innen schreiben ein Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes und bekommen dafür eine grandiose Zustimmung: 738.124 Ja-Stimmen erzielte der Volksentscheid und sammelte damit erheblich mehr Stimmen als das nötige Minimum. Wir Grünen haben dabei kräftig mitgeholfen. Der Bürgermeister und die Koalition sind jedoch brüskiert, um nicht zu sagen beleidigt.

Seitdem gibt es regelmäßig Vorstöße gegen das ungeliebte Gesetz. 2015 beschlossen SPD/CDU eine Änderung, um für 2 Millionen Euro eine Blumenhalle aufstellen zu können (die später nie genutzt wurde). Bürgermeister Müller erklärt seinen Willen zu bauen. Und erst neulich haben die Genossen in Marzahn-Hellersdorf beschlossen, auf dem nächsten SPD-Parteitag

die Bebauung und Bepflanzung zu fordern. Die Berliner CDU will gar die Randbebauung durch private Investoren; was das für die Mieten bedeutet, muss man nicht erklären.

Die Unterstützer*innen des Volksentscheids wollten das Feld vor dem Investoren-Druck schützen und teures Bauen verhindern. Beides ist so aktuell wie nie zuvor: Flächen werden knapper und teurer Neubau treibt die Mieten hoch. Also: Söhnt euch endlich mit den Bürger*innen aus. Beteiligung macht Politik besser!



Susanna Kahlefeld
MdA, Sprecherin für
Partizipation und
Beteiligung

RETTET DIE BÄUME

Damit Berlin grün bleibt

Bäume sind wichtig für das Leben in der Stadt. Die Bäume an den Straßen, in Parks, Grünanlagen, Friedhöfen und Wäldern machen Berlin zu einer grünen Hauptstadt. Ende 2017 gab es an den Berliner Straßen rund 433.000 Bäume und unzählige weitere in Gärten, Parks und Grünanlagen.

Die Bäume haben es jedoch nicht leicht: Extreme Wetterereignisse durch die Klimakrise wie Stürme und Trockenheit, in jedem Winter schädliches Streusalz, Hundekot und dann noch eine wachsende Stadt, die Platz braucht und häufig zur Motorsäge greift.

„GRÜNE NULL“ ALS ZIEL

Die Stadt- und Straßenbäume wurden von vorherigen Regierungen stiefmütterlich behandelt. Die Stadtbaumkampagne ist zwar ein wichtiges Instrument, um den Baumrückgang zu bremsen. Doch von der Grünen Null „also einem Zustand, bei dem genauso viele Bäume gepflanzt wie gefällt werden“ ist die Stadt noch weit entfernt.

Für uns Grüne ist dieses Thema natürlich eine Herzensangelegenheit. Mit dem Haushalt 2018/2019 haben wir zum ersten Mal viel Geld in die Hand genommen, um die Baumpflege, den Baumschutz und Neuanpflanzungen zu intensivieren. Insgesamt 8 Millionen Euro stehen bereit. Aber natürlich sind ausreichende Mittel nur der erste Schritt. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, um den Baumbestand nachhaltig zu stützen. Dafür haben wir viele Ideen, die wir auf Landesebene durchsetzen wollen (siehe Kasten).



Dr. Turgut Altug MdB, Sprecher für Natur- und Verbraucherschutz, Umwelt- und Naturbildung

Georg Kössler MdB, Sprecher für Klima- und Umweltschutz, Eine-Welt-Politik und Clubkultur

UNSERE GRÜNEN IDEEN FÜR MEHR BÄUME:

- Baumpflanzoffensive** In jedem Bezirk sollen bis 2021 jeweils 1.000 neue Bäume angepflanzt werden.
- Baumpotential** Eine Studie soll herausfinden, wie die Zahl der Bäume in Berlin wieder wachsen kann.
- Baumleitplanung** Damit neue Bäume auch gepflanzt werden, sollte z.B. eine landeseigene Baumagentur mit den Bezirken eine Baumleitplanung entwickeln.
- Zweckbindung** Wenn die Bezirke Geld für Baumpflege bekommen, müssen diese auch dafür verwendet werden.
- Entwicklungspflege** Bisher übernimmt der Senat die Pflege von neuen Bäumen für drei Jahre. Daraus sollen zehn Jahre werden.
- Sommerdienst** Die Bezirke sollen in Trockenperioden und bei Wetterextremen vom Senat unterstützt werden.
- Naturdenkmäler** Ältere Bäume – gerade solche, die Naturdenkmäler sind – müssen besser geschützt und gepflegt werden.
- Patenschaften** Berlinerinnen und Berliner sollen unkompliziert Patenschaften für Bäume und Baumscheiben übernehmen können.
- Transparenz** Wenn gefällt wird, müssen die Anwohnerinnen und Anwohner mindestens eine Woche vorher über die Gründe informiert werden.
- Fahrradfreundlichkeit** Wenn neue Fahrradwege gebaut werden, ist unser neues Mobilitätsgesetz streng auszulegen: Statt Bäume müssen notfalls Parkplätze entfallen.

TERMINE

Bezirksgruppe

Zentrales Treffen aller Aktiven. Wechselnde Themen und Referent*innen. **Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

Grüne Jugend Neukölln

Grüne Politik für alle unter 28. **Jeden Mittwoch um 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

AG Klima

Think global - act local! Für ein ökologischeres Neukölln. **Die Termine können per Mail erfragt werden** (ag-klimawandel@gruene-neukoelln.de)

AG Antifaschismus

Zusammen stark gegen rechte Hetze und Gewalt! **Die Termine können per Mail erfragt werden** (ag-antifaschismus@gruene-neukoelln.de)

AG Stadtentwicklung

Aktuelle Diskussionen um Mieten, Bauen und Wohnen in Neukölln. **Jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

AG Südneukölln

Neukölln hört nicht am S-Bahn-Ring auf. Wir engagieren uns im Süden des Bezirks. **Jeden 4. Donnerstag im Monat** im Süden von Neukölln.

AG Bürger*innenbeteiligung

Mehr Demokratie wagen. Doch wie gestalten wir den Dialog mit Bürger*innen? **Die Termine können per Mail erfragt werden** (susanna.kahlefeld@gruene-fraktion-berlin.de)

Alle aktuellen Termine auf

www.gruene-neukoelln.de

IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:

Neukölner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

Vi.S.d.P.:

Ralf Schmidt-Pleschka

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Dr. Turgut Altug, Jochen Biedermann, Wolfgang Ewert, Philmon Ghirmai, Christian Hoffmann, Anna Hoppenau, Jan Michael Ihl (JMI), Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg P. Kössler, Ursula Künning, Kara Mikus, Viola Muster, Milena Oschmann, Raphael Schanz, Ralf Schmidt-Pleschka (RSP), Sebastian Walter, Meret Weber, Daniel Wesener.

Gestaltung & Layout:

Ulrike Cymek

Druck:

Eversfrank – Druck, Medien,
Umwelt

Auflage: 10.000

Vorstandssprecher*innen:

Anna Hoppenau, Philmon Ghirmai

Internet:

www.gruene-neukoelln.de

Mail:

stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90 / Grüne Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

BERLINS LÄNGSTE FAHRRADSTRASSE

Weigandufer und Pflügerstraße nach 5 Jahren endlich umgewidmet



Foto: Jan Michael Ihl

Nach fünf Jahren und zwei Monaten wurde Anfang November aus Weigandufer und Pflügerstraße die mit rund 1,6 Kilometern längste Fahrradstraße Berlins. Auf ausgewiesenen Fahrradstraßen haben Radfahrende Vorrang gegenüber dem motorisierten Verkehr. Sie dür-

fen beispielsweise nebeneinander fahren. Das gilt jetzt auch am Weigandufer und in der Pflügerstraße.

ERFOLG FÜR RADLER*INNEN

Diesem Erfolg für alle Radfahrenden in Neukölln ging ein langes politisches Ringen voraus. Angefan-

gen hat es mit einem BVV-Antrag im August 2013. Fast zwei Jahre später, im September 2015, beriet der BVV-Ausschuss für Verkehr und Tiefbau über diesen Antrag. Das Protokoll von damals liest sich er-
nüchternd: der damalige Stadtrat Thomas Blesing (SPD) weist auf „einige Hürden“ hin. Es müsse zunächst durch Zählungen geprüft werden, ob eine dortige Fahrradstraße von den Radfahrer*innen auch angenommen werde. Im Ausschuss wurde der Antrag mit den Stimmen von Union und SPD abgelehnt.

RÜCKENWIND DURCH VOLKSENTSCHEID

Ende, aus, alles vorbei? Mitnichten! Denn schon deutlich vor dem Volksentscheid Fahrrad hatte sich in Neukölln eine neue Keimzelle für die Verkehrswende gegründet: das „Netzwerk fahrradfreundliches Neu-

kölln“. Die „Radneuköllner*innen“ gingen vor dem Rathaus, auf Twitter und Facebook auf die Barrikaden. Das zeigte Wirkung: Der Antrag auf Einrichtung der Fahrradstraße wurde überraschend erst von der BVV in den Ausschuss zurücküberwiesen und schließlich im Januar 2016 beschlossen.

Von da an mahnten die Verwaltungsmühlen noch länger als zweieinhalb Jahre, bis Anfang November Weigandufer und Pflügerstraße mit dem Schild „Fahrradstraße“ versehen wurden.

Fertig ist die Straße aber noch nicht. So soll die Strecke noch baulich umgestaltet werden, so dass nur noch echte Anlieger mit ihren Autos die Fahrradstraße befahren können. Bleibt nur zu hoffen, dass dies nicht wieder so ewig dauert.

JMI

WHAT'S
UP

PLÖTZLICH ABGEORDNETER

...UND WIE DIE BÜROSUCHE MICH WEITER RADIKALISIERTE.

Nach zwei Jahren frustrierender Suche unterschrieb ich kürzlich einen Vertrag für das Ladengeschäft in der Braunschweiger Straße 71, nahe S/U-Neukölln. Den alten Mietern war es zu klein geworden. Dort bauen mein Team und ich nun eine kleine grüne Oase gegenüber dem Tauschcafé „Trial & Error“ auf. Auch eine Initiative der solidarischen Landwirtschaft verteilt hier wöchentlich frisches Gemüse. Sogar die antisemitische Schlägertruppe des „Jugendwiderstands“ hat sich auf dem Rollladen verewigt. Wir sind angekommen. Ende gut, alles gut?

Uns stehen 1.000 Euro im Monat zur Verfügung, wenn wir ein

Wahlkreisbüro unterhalten. Damit sollte doch locker was zu finden sein, dachte ich 2016. Zwei Jahre später denke ich, dass ohne einen baldigen Milieuschutz für Gewerberäume der Ausverkauf unserer Kieze nicht mehr zu stoppen ist. Denn in diesem Segment können Vermieter*innen verlangen, was sie wollen.

Da war zum Beispiel ein 30-Quadratmeter-Raum unweit des Karl-Marx-Platzes für 850 Euro. Kaltmiete! Ob da was am Preis zu machen sei, immerhin wäre ich ein zuverlässiger Mieter? „Nein Herr Kössler, das sind nun mal die Preise hier.“ Die Gegend entwickle sich eben, und auch „die Türken oben im

Haus werden sich noch umschauchen müssen.“ Wtf! Aus irgendeinem Grund fällt mir in diesem Moment das grüne Wahlplakat mit dem Slogan „Miethäie zu Fischstäbchen verarbeiten“ ein.

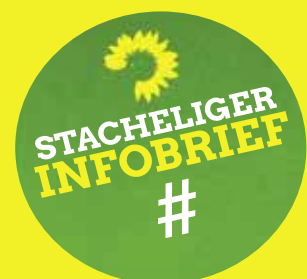
Ein zweites Beispiel ist die bayerische Millionärin, die mich in ihrem kernsanierten Haus in der Richardstraße empfing, um sich sogleich über „diesen Milieuschutz“ aufzuregen. Sie würde so viel hier in Berlin investieren und wir sollten doch bitte dankbarer sein. Und ob ich den Stadtrat Biedermann kennen würde, dann würde das mit meinem Büro schon klappen. Daraufhin konnte ich meine Klappe einfach nicht mehr halten. Sie hat

sich dann doch für einen Friseur entschieden. An der Wand stand neulich „Hier wird verdrängt.“ Womit? Mit Recht. Mit geltendem Recht.

Anfang 2019 planen wir eine große Einweihungsfeier mit der Nachbarschaft, bei dem sich diese auch im Sinne unserer „Rette Deinen Kiez“ Kampagne vernetzen soll. Unser Motto: Widerstandszelle statt nur Wahlkreisbüro.



Georg P. Kössler
MdB, Sprecher
für Klima- und
Umweltschutz,
Eine-Welt-Politik
und Clubkultur



MELDE DICH JETZT ZU
UNSEREM NEWSLETTER AN.
WWW.GRUENE-NEUKOELLN.DE/NEWSLETTER

